

Bielefeld: Stadtwerke wollen 290 Stellen abbauen



Bielefeld. Bis 2030 soll die Belegschaft der Stadtwerke Bielefeld um zehn Prozent schrumpfen. Dazu sollen 290 Stellen abgebaut werden. Das Ziel der Klimaneutralität bis 2040 wird aufgegeben. Das Unternehmen reagiert mit massiven Veränderungen auf schwierige wirtschaftliche Rahmenbedingungen.

Ende der Baumschutzsatzung in Sicht

Bielefeld. CDU und SPD stellen im Stadtrat einen Antrag, mit dem die Baumschutzsatzung fallen soll. Stattdessen soll es jetzt ein neues Beratungsangebot geben.

Wiedersehen mit Superstar Leon Draisaitl

Bielefeld. Der gebürtige Bielefelder Bernd Haake ist ein Weltreisender in Sachen Eishockey. Als Teambetreuer der Dänen trifft er heute Abend auf Deutschland mit Leon Draisaitl.

OWL und NRW

Notruf 112: So können Laien Leben retten

Berlin/Gütersloh. Bei dem Verdacht auf lebensbedrohliche Erkrankungen wie Herzinfarkt oder Schlaganfall muss umgehend der Rettungsdienst alarmiert werden, doch viele zögern. Das führt jedes Jahr zu Zehntausenden vermeidbaren Todesfällen.

FDP-Zukunft entscheidet sich in NRW

Düsseldorf. Die Liberalen stecken in der vielleicht tiefsten Krise ihres Bestehens. Sie schöpfen ihr Potenzial nicht aus, obwohl Teile der Wirtschaft mit der Union fremdeln. Die NRW-Wahl 2027 gilt parteiintern als Schicksalsdatum.

Sport

Diese Stars zauberten in Arminias Wohnzimmer

Bielefeld. Im Bielefelder Stadion haben sich schon Weltmeister, aber auch Europameister, die Ehre gegeben. Genauso ein Kaiser und Königliche. Und sogar ein Hexer. Ein Überblick über alle Promis, die auf der Alm zu Gast waren.

WETTER



6° Vormittag



7° Nachmittag



3° Nacht

Politik und Meinung

Nato-Einsatz in der Arktis

Brüssel. Die Nato erhöht ihre Militärpräsenz in der Arktis. Damit will das Bündnis zur Entschärfung des von US-Präsident Donald Trump angezettelten Grönland-Konflikts beizutragen.

Wirtschaft

Unklarheiten bei Aktivrente

Hannover. Gängige Programme zur Lohnabrechnung weisen den Steuerbonus der Aktivrente noch nicht aus. Softwareanbieter verweisen dabei auf noch ungeklärte Detailfragen.

Lotto

Das sind die Gewinnzahlen

Lotto: 8, 9, 18, 20, 37, 40; **Superzahl:** 3
Spiel 77: 9 9 5 2 6 4 4; **Super 6:** 5 9 7 7 8 4

Alle Angaben sind ohne Gewähr.

Wir sind für Sie da!

Redaktion: Tel. 05 21/55 50 • E-Mail: redaktion@nw.de
Aboservice: Tel. 05 21/55 58 88 • E-Mail: abo-service@nw.de
Anzeigenservice: Tel. 05 21/55 53 33 • E-Mail: anzeigen@nw.de
Kartenvorverkauf: Tel. 05 21/55 54 44



4 190836 003002 4 0 1 0 7

facebook.com/
neuewestfaelische



Solidarisch und kritisch

Jerusalem. „Hier stehen wir als Deutsche dem dunkelsten Kapitel unserer Geschichte gegenüber.“ Mit diesen Worten beschrieb Bundestagspräsidentin Julia Klöckner (CDU) am Mittwoch ihren Besuch der Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem. Dort erinnert Israel an die rund sechs Millionen Jüdinnen und Juden, die von den Nationalsozialisten ermordet wurden. In politischen Gesprächen äußerte sich Klöckner gegen Überlegungen, in Israel die Todesstrafe wieder einzuführen, und zur Lage im Gazastreifen. „Solidarisch mit Israel zu sein, schließt eine kritische Begleitung nicht aus“, sagte sie.

Foto: Leo Correa/dpa

Jeder dritte Beamte in NRW geht gegen Besoldung vor

102.000 Staatsdiener misstrauen ihrem Dienstherrn und reichen Widerspruch ein, weil sie die Bezüge für zu niedrig und verfassungswidrig halten.

Ingo Kalischek

Düsseldorf. Immer mehr Beamtinnen und Beamte in NRW bezweifeln, dass sie vom Land rechtskonform bezahlt werden. Die Zahl der Besoldungswidersprüche hat sich im Vergleich zum Jahr 2022 mehr als verdoppelt – auf rund 102.000. Das teilt das NRW-Finanzministerium exklusiv auf Anfrage dieser Zeitung mit. Das bedeutet: Mehr als ein Drittel der Beamten in NRW wehrt sich gegen die in ihren Augen zu niedrige Besoldung in 2025.

Kern des Unmuts ist eine Regelung im Beamtenrecht. Die sieht vor, dass ein Beamter in der untersten Besoldungsgruppe netto mindestens 15 Prozent mehr verdienen muss als ein Empfänger der Grundsicherung (früher Bürgergeld). Ein Anstieg des Bürgergelds müsste somit auch zum Anstieg der Beamtenbesoldung führen.

Zehntausende Beamte im Land sind aber der Meinung, dass das unzureichend passiert. Während für das vergangene Jahr 102.736 Widersprüche eingegangen sind, waren es in 2024 knapp 54.000; davor rund 61.000 und im Jahr 2022 rund 50.000 Widersprüche, teilt das Ministerium mit. Insgesamt gibt es laut Statistischem Landesamt 282.000 Landesbeamte in NRW.

Die „Explosion“ bei den Besoldungswidersprüchen sei der erwartbare, durch die Landesregierung „selbst verursachte Misstrauensbeweis“ seitens ihrer Staatsdiener, meint Ralf Witzel. Der FDP-Fraktionsvize im Landtag glaubt, dass ein nicht geringer Teil der Widersprüche erfolgreich sein dürfte. Witzel erwartet, dass das zu Nachzahlungen bei Betroffenen führen dürfte – und dass der Haushalt des Landes für „Versäumnisse der Vergangenheit“ belastet werde.

Für „fehlenden Lohnabstand“ zum Sozialleistungsbezug zahle NRW-Finanzminister Marcus Optendrenk einen „politischen Preis“. Laut Beamtenschaft (DBB) zeigt die Zahl der Widersprüche die „große Unzufriedenheit“ der Beamten.

Das Land steht wegen der Besoldung in der Kritik. Es geht seit 2024 nicht mehr davon aus, dass der Beamte „Alleinvertreter“ ist, sondern, dass auch der Partner oder die Partnerin Geld verdient. Das Land begründet dies mit einem „modernerem Familienbild“ und rechnet ein „fiktives Partner-einkommen“ von 538 Euro an. Auf dem Papier hat der Beamte so mehr Geld – tatsächlich aber nicht. So wird es für das Land günstiger. Wer kein Partner-einkommen hat, muss einen Ergänzungszuschlag beantragen. Experten halten das für verfassungswidrig.

Ein weiterer Grund für den sprunghaften Anstieg der Be-

soldungswidersprüche dürfte eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts sein. Das oberste Gericht hatte Ende 2025 entschieden, dass die Beamtenbezüge in Berlin jahrelang in großen Teilen verfassungswidrig waren. Polizisten und Feuerwehrleute hielten die Bezüge für zu niedrig und hatten geklagt.

Das Land Berlin muss nun Nachzahlungen tätigen und die Besoldung neu anpassen. Folgen wird das auch für NRW haben. Künftig soll sich die Besoldungshöhe nicht mehr an der Grundsicherung orientieren, sondern am Median-Einkommen der Bevölkerung. Diese neue Bemessung sei auch für NRW „heranzuziehen“, teilt das NRW-Finanzministerium auf Anfrage mit. Die Entscheidung werde im Zuge der nächsten Besoldungsanpassung umgesetzt. Damit rechnen Experten noch in diesem Jahr. **Kommentar, OWL**

90 Milliarden als Darlehen für die Ukraine

Strasbourg. Das Europäische Parlament hat den Plänen für ein neues Darlehen in Milliardenhöhe an die Ukraine zugestimmt. Es sieht vor, dem von Russland angegriffenen Land über zwei Jahre bis zu 90 Milliarden Euro zur Verfügung zu stellen. 60 Milliarden davon sind für verteidigungsrelevante Ausgaben vorgesehen.

Damit das Geld ausgezahlt werden kann, muss der Rat der Mitgliedsstaaten zustimmen. Dies gilt als Formalie, weil sich die Regierungen bereits auf die Bedingungen für das Darlehen geeinigt haben. Der Beschluss sieht vor, dass die Ukraine mit dem Geld nur dann Rüstungsgüter in Ländern wie den USA kaufen darf, wenn diese auf dem europäischen Binnenmarkt und in der Ukraine entweder gar nicht oder nicht zeitnah verfügbar sind.

Das Geld für das Darlehen wollen die Länder zu günstigen Konditionen am Kapitalmarkt aufnehmen. Die Ukraine soll es nur dann zurückzahlen müssen, wenn Russland nach einem Ende seines Angriffskriegs Entschädigungszahlungen für die entstandenen Schäden leistet.

Sind Handschellen noch sicher?

Passende Schlüssel sollen im Internet frei erhältlich sein – Polizei in Nordrhein-Westfalen erwartet Klarstellung des Herstellers

Frank Christiansen

Düsseldorf. Das Verschwinden der Handschellen von den Handgelenken eines Verdächtigen in Bayern beschäftigt nun auch die Polizei in Nordrhein-Westfalen. Der Generalschlüssel für die Handfessel soll im Internet frei erhältlich sein. Ein Sprecher des Düsseldorfer Innenministeriums teilte auf Anfrage mit, die Polizei in NRW nutze das gleiche Modell wie die Kollegen in Bayern.

Das Landesamt für zentrale polizeiliche Dienste in Duisburg stehe bereits mit der bayerischen Polizei im Austausch und prüfe Auswirkungen auf

Nordrhein-Westfalen, hieß es. Grundsätzlich sei der Hersteller der Schlüssel für die Vertriebswege und mögliche Patentrechtsverletzungen verantwortlich, hieß es aus dem Innenministerium in Düsseldorf. Er verkaufe die entsprechende Ausrüstung ausschließlich an Behörden und Unternehmen im Bereich der öffentlichen Sicherheit.

„Das ist schon ein ziemlich dicker Hund“, sagte Patrick Schlüter, Landeschef der Gewerkschaft der Polizei. „Man wird sicher das Gespräch mit dem Hersteller suchen, wie so was möglich ist. Und natürlich, man wird sich bei der künftigen Beschaffung von Handfesseln darauf einstellen.“

Für den Polizeialltag sei es erst einmal gut zu wissen, dass solche Generalschlüssel leicht verfügbar sind. „In der Praxis ist es aber ohnehin so, dass erstens Handfesseln nicht länger angelegt werden als nötig und zweitens Personen mit Handfesseln auch nicht fahrlässig aus den Augen gelassen werden“, erläuterte Schlüter. „Die Kolleginnen und Kollegen werden jetzt noch etwas mehr aufpassen müssen.“

Hintergrund war ein Fall in Mittelfranken, bei dem ein Festgenommener sich vermutlich aus Handschellen befreien konnte.

Anzeige

SAISON FINALE.

LETZTE CHANCE AUF RABATTE.

STÖßERN SIE VOR ORT IN UNSEREN MODEHAUSERN.

k.

BIS ZU
70%
REDUZIERT.

klingsenthal.